



Rechtsaußen-Erstarken in Deutschland: Implikationen für den Wirtschaftsstandort

Matthias Diermeier, Knut Bergmann, Benita Zink, Natalie Päßler

Auftraggeber:
Vielfalt ist Zukunft

Köln, 18.02.2025

Gutachten



Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Postfach 10 19 42

50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

x.com

[@iw_koeln](#)

LinkedIn

[@Institut der deutschen Wirtschaft](#)

Instagram

[@IW_Koeln](#)

Autoren

Dr. Matthias Diermeier

Leiter Kooperationscluster

Demokratie, Gesellschaft Marktwirtschaft

diermeier@iwkoeln.de

0221 – 4981-605

Dr. Knut Bergmann

Leiter Kommunikation und Hauptstadtbüro

bergmann@iwkoeln.de

030 – 27877-110

Benita Zink

Data Science Consultant

zink@iwkoeln.de

0221 – 4981-819

Natalie Päßler

Mitarbeiterin Kooperationscluster

Demokratie, Gesellschaft, Marktwirtschaft

paessler@iwkoeln.de

Alle Studien finden Sie unter

www.iwkoeln.de

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatikalische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Stand:

Februar 2025

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
1 Standortrisiko Rechtsaußen-Erstarken in Deutschland	5
2 Implikationen für Haushalt und Bürger aus der Steuerpolitik	6
3 Implikationen für die EU, den Euro und den Freihandel	10
4 Implikationen für die standortsichernde Fachkräftesicherung	14
5 Implikationen für die klimapolitische Transformationspolitik	18
6 Implikationen für die Demokratie und die politische Kultur	21
Abbildungsverzeichnis	23
Literaturverzeichnis	24

Zusammenfassung

Mit dem Erstarken von populistischen Parteien hat sich auch in Deutschland eine breite Debatte über die Auswirkungen auf die hiesige Wirtschaft entsponnen – insbesondere mit Blick auf die AfD. Im folgenden Gutachten werden zukünftig erwartbare und bereits spürbare Implikationen für die Themenfelder Steuerpolitik, Europapolitik, Fachkräftesicherung und Transformationspolitik behandelt.

- Implikationen für Haushalt und Verteilung
 - Im AfD-Wahlprogramm sind die umfangreichsten Forderungen nach Steuersenkungen verankert (181 Milliarden Euro jährlich; 20 Prozent der Gesamtsteuereinnahmen). Das allein würde die staatliche Handlungsfähigkeit stark einschränken. Dies gilt umso mehr, da die Partei eine massive Erhöhung der Renten auf 70 Prozent des letzten Nettoeinkommens fordert – inklusive eines enormen Zuschusses aus Steuermitteln des Bundes zur Rentenversicherung.
 - Die einkommensteuerepolitischen Vorschläge der AfD ähneln denen einer wirtschaftslibertären Partei. Höhere Einkommen sollen stark und niedrigere Einkommen schwächer entlastet werden. Für eine Doppelverdiener-Familie bedeutete dies Entlastungen von knapp 8.000 Euro respektive 5,9 Prozent des Bruttoeinkommens. Für Geringverdiener-Familien fielen Entlastungen auch anteilig deutlich geringer aus.
- Implikationen für den Fortbestand von EU und Euro
 - Die AfD stellt die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der Europäischen Währungsunion und – weniger deutlich – der Europäischen Union (EU) in Frage. Dabei wäre ein Nachahmen des Brexits teuer: Nach nur fünf Jahren würden die Kosten 5,6 Prozent des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) – umgerechnet 690 Milliarden Euro – betragen; 2,5 Millionen Arbeitsplätze würden wegfallen. Ein Austritt aus dem Euro ist dabei noch gar nicht eingerechnet.
 - Kein anderes Thema wird von Unternehmen so kritisch gesehen wie die europapolitischen Vorschläge. 77 Prozent der Unternehmenslenker in Deutschland erkennen im AfD-Erstarken ein Risiko „für den Bestand der Europäischen Union und des Euros“; lediglich 3,4 Prozent eine Chance.
- Implikationen für Fachkräftesicherung
 - Obwohl die Rechtsaußen-Partei bislang nur mittelbar auf die Migrationspolitik wirkt, zeigt sich bei den begehrten ausländischen Fachkräften Wirkung: Gefragt nach den „akuten betrieblichen Auswirkungen“ der politischen Entwicklung, benennt knapp die Hälfte der Hauptgeschäftsführer von Wirtschaftsverbänden „Schwierigkeiten, in AfD-Hochburgen Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen“.
 - Dabei kann die aus der Demografie erwachsende Krise nur mit ausländischen Erwerbstätigen ausgeglichen werden. Deutschlandweit erwirtschaften die 6,7 Millionen ausländischen Beschäftigten 13,2 Prozent der Bruttowertschöpfung – allein 3,4 Prozentpunkte gehen auf die seit 2018 hinzugekommenen ausländischen Beschäftigten zurück. Nimmt man die vor- und nachgelagerten Impulse dieser Tätigkeiten hinzu, steigt die wirtschaftliche Bedeutung sogar auf 16,9 Prozent (648 Milliarden Euro). Die Zuwächse an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in Ostdeutschland wären in den vergangenen Jahren ohne Zuwanderung aus Drittstaaten nicht möglich gewesen.

■ Implikationen Transformationspolitik

- Die AfD leugnet den anthropogenen Klimawandel und versucht, wo immer möglich, Sand ins Getriebe der Klimapolitik zu streuen. Als energiepolitisches Angebot kombiniert sie Windrad-Abbau, Kernenergie-Wiedereinstieg, Nordstream II-Reparatur mit Abgaben- und Steuerentlastungen – die Antwort, wie sie das in Koalitionen und gegen den Widerstand weiter Teile der Bevölkerung durchsetzen will, bleibt sie schuldig.
- Dieses Angebot verfängt bei Unternehmen nicht: 67,2 Prozent erkennen im langfristigen Erstarken der Partei ein Risiko für die Transformationspolitik; nur 7 Prozent eine Chance. Aus der Wirtschaft wird die Partei in Schulnoten für ihre Energiepolitik im Durchschnitt mit einem glatten „mangelhaft“ (5,0) abgestraft.

1 Standortrisiko Rechtsaußen-Erstarken in Deutschland

Das Erstarken von Rechtsaußen-Parteien in einer Vielzahl westlicher Demokratien hat eine breite Diskussion über die Auswirkungen auf Demokratie, Gesellschaft und Wirtschaft nach sich gezogen. Wohingegen die Rechtsaußen-Parteienfamilie mit Blick auf Demokratie und Gesellschaft sehr homogene Vorstellungen aufweist und ähnliche Strategien verfolgt (Mudde, 2007), bestehen hinsichtlich des wirtschaftspolitischen Angebots und dessen Auswirkungen signifikante Unterschiede (Diermeier, 2022). Grundsätzlich rangiert im Kontext des politischen Bedeutungsgewinns am rechten Rand die Frage nach der ökonomischen Perspektive häufig im Hintergrund.

Deutschland ist dabei keine Ausnahme. Erst seit dem Sommer 2023, als erstmals ein Rechtsaußen-Kandidat eine Landratswahl gewann, entspann sich eine sichtbare gesellschaftliche Debatte über die Implikationen für den Wirtschaftsstandort. Der damalige Bundesfinanzminister Christian Lindner bezeichnete die Entwicklungen als „das größte Standortrisiko für Ostdeutschland“ (Kalarickal, 2023). Auch die Bundesinnenministerin Nancy Faeser ließ sich ähnlich ein (Kalarickal, 2023). Die Debatte nahm mit anhaltendem Umfragehoch und starken Wahlergebnissen der politischen Ränder bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern (Oktober 2023), der Europawahl (Juni 2024) sowie der Landtagswahlen in Ostdeutschland (September 2024) an Fahrt auf. In der Folge häuften sich besorgte Stimmen in den Medien, die den Aufstieg der Partei nunmehr als ein gesamtdeutsches Standortrisiko ansahen (zusammenfassend Wulfers, 2023). Kern der Standortrisiko-Debatte war die programmatische Verankerung eines „Dexit“, also eines Austritts Deutschlands aus der EU und der Europäischen Währungsunion, die Sorge um eine fachkräftesichernde Standortpolitik und die Fundamentalopposition gegen jegliche Industrie- und Klimapolitik sowie die Auswirkungen auf die politische Kultur. Eine Befragung von börsennotierten Unternehmen in Deutschland im Jahr 2024 ergab, dass 92 Prozent „politischen Populismus vor allem als Nachteil für den Wirtschaftsstandort Deutschland“ sehen; 76 Prozent nehmen ganz konkret „die wachsende Popularität der AfD als Bedrohung für Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit als Exportnation“ (Scholz et al., 2025) wahr.

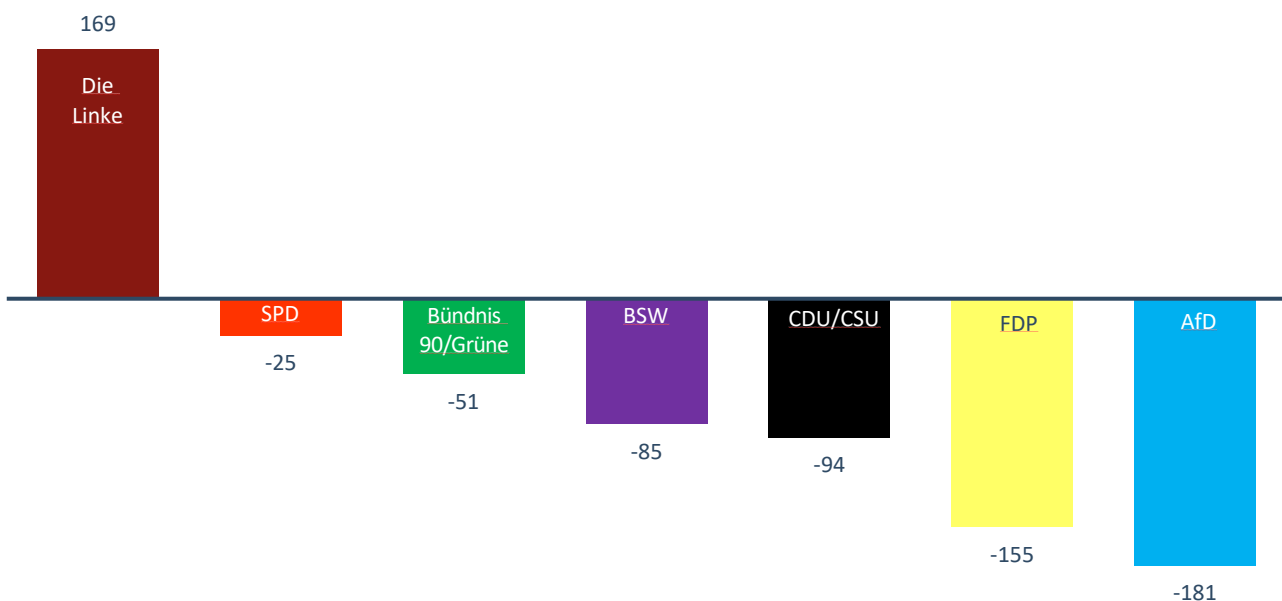
Dabei war die Alternative für Deutschland (AfD) unter ganz anderen Vorzeichen gestartet. Die Gründung der Partei vollzog sich 2013 aus Protest gegen die Euro-Rettungspolitik der schwarz-gelben Regierungskoalition unter Bundeskanzlerin Angela Merkel. Unter den 58 Gründungsmitgliedern befanden sich 28 Professoren, was der Neugründung den Namen „Professorenpartei“ einbrachte. Dass sich unter den 28 Professoren 17 Professoren mit wirtschaftswissenschaftlicher Prägung befanden und weitere zentrale Repräsentanten der Partei zuvor in prominenter Rolle in der deutschen Wirtschaft in Erscheinung getreten waren, beförderte die wirtschaftsliberale Prägung der Anfangsjahre. Zu dieser Zeit wurde die AfD politikwissenschaftlich als „euroskeptische Ein-Themen-Partei“ (Taggart, 1998, 368) eingeordnet (Rosenfelder, 2017). Folgerichtig inszenierte der erste Parteivorsitzende Bernd Lucke die Neugründung als Partei der wirtschaftlichen Vernunft entgegen einer als alternativlos dargestellten vermeintlich ideologischen Europapolitik des politischen Mainstreams. Tatsächlich zeigen quantitative und qualitative Auswertungen der Parteiprogramme, dass sich die AfD wirtschaftspolitisch nahe der FDP ins deutsche Parteienspektrum einsortiert hat (Lehmann et al., 2024; Diermeier, 2020). Gleichzeitig entwickelte sich die AfD zu einer typischen Rechtsaußen-Partei, die seit 2021 zur Gänze vom Bundesamt für Verfassungsschutz als „rechtsextremistischer Verdachtsfall“ eingeschätzt wird. Die Landesverbände Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen werden zudem als „gesichert rechtsextremistisch“ geführt.

2 Implikationen für Haushalt und Bürger aus der Steuerpolitik

Obwohl es unter AfD-Parteistrategen und insbesondere aus den ostdeutschen Landesverbänden immer wieder Bestrebungen gab, die Soziale Frage stärker in den Vordergrund zu stellen (Kaiser, 2019; 2020), ist die Partei steuerpolitisch weiterhin fest am wirtschaftslibertären Ende des Parteienspektrums verortet. Das zeigt sich auch mit Blick auf die Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2025. Das aktuelle Programm „Zeit für Deutschland“ (AfD, 2025) beruft sich auf die Soziale Marktwirtschaft, fordert Steuersenkungen, Einschnitte im Sozialstaat und eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Konkret schlägt die AfD eine Abschaffung aller CO₂-Abgaben, der Erbschaftsteuer, des Solidaritätszuschlags, der Grundsteuer und der Grunderwerbsteuer für Selbstnutzer vor. Hinzu kommt eine Senkung der Mehrwertsteuersätze für die Gastronomie, die Einführung eines Familiensplittings, ein Absenken von Unternehmensbesteuerung „auf ein international konkurrenzfähiges Niveau“ (AfD, 2025, 14) sowie deutliche Senkungen der Einkommensteuer. Zusammengekommen ergeben sich daraus Forderungen nach Steuersenkungen in der Höhe von schätzungsweise 181 Milliarden Euro jährlich. Bei erwarteten Steuereinnahmen von 983 Milliarden Euro aus Bund, Ländern, Kommunen und EU für das Jahr 2025 umfassen die Vorschläge damit knapp 20 Prozent des gesamten jährlichen Steueraufkommens (Bundesministerium der Finanzen, 2024).

Abbildung 2-1: Steuerpläne laut den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl

In Milliarden Euro: Senkungen (-) und Erhöhungen, Schätzung



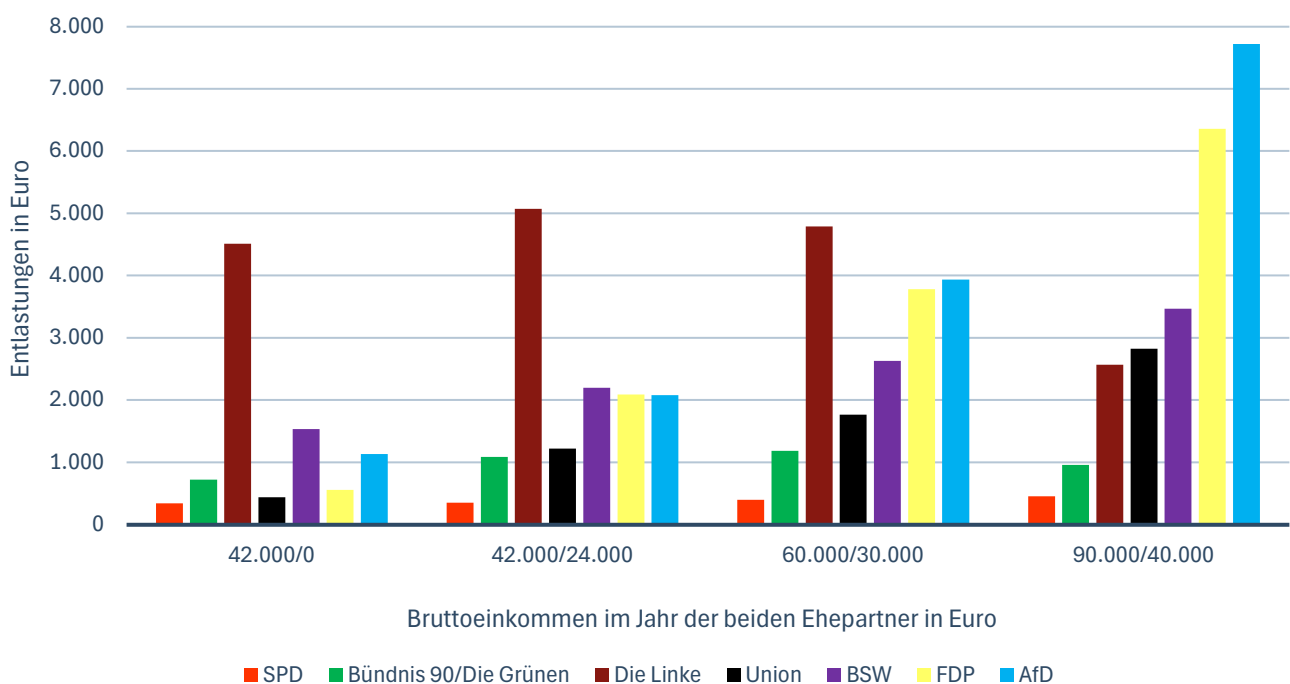
Quelle: Hentze/Beznoska, 2025

Damit fordert die AfD aktuell stärkere Steuerentlastungen als alle anderen Parteien, mit denen sie um Bundestagsmandate konkurriert (Abbildung 2-1). Zwar würde die Umsetzung dieser Vorschläge die Wirtschaft stark entlasten, aber gleichzeitig wäre die Funktionsfähigkeit der Staatstätigkeit empfindlich eingeschränkt. Zudem sind die Pläne der Rechtsaußenpartei – ähnlich wie bei anderen Parteien auch – nicht gegenfinanziert. Schließlich ist von Steuererhöhungen an anderer Stelle keine Rede und auch die Schuldenbremse soll strikt eingehalten werden – eine Kreditfinanzierung wird ausgeschlossen. Die vorgesehenen Einsparungen in der Asylpolitik, dem Bürgergeld und der Klimapolitik werden die Einnahmenlöcher nicht stopfen können. Zumal die AfD auf einen teuren Vorschlag für eine Reform der gesetzlichen Rente abzielt. So soll das Rentenniveau

auf 70 Prozent des letzten Nettoeinkommens erhöht werden (Ragnitz/Thum, 2025). Damit sticht die AfD als Partei heraus, die sich den Gesetzen der Demografie gänzlich zu entziehen versucht und sich in ihrem Wahlprogramm trotz der zukünftig drastisch steigenden Zahl an Rentenbeziehenden für eine enorme Erhöhung des Rentenniveaus ausspricht. Finanziert werden soll ein solches Unterfangen durch die Erweiterung des Kreises der Beitragenden um Beamte. Doch selbst wenn dies umgesetzt werden sollte, würden die Beiträge zu gering ausfallen: Entweder führt die Erhöhung des Rentenniveaus zu einer massiven Erhöhung der Beitragssätze oder zu einer enormen Ausweitung der Steuerzuschüsse zur Rentenversicherung. Dabei machten die Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung schon im Jahr 2024 rund 24 Prozent des Bundeshaushalts aus (Bundesministerium der Finanzen, 2025). Werden die Steuereinnahmen wie vorgeschlagen abgesenkt und die Rentenzuschüsse erhöht, könnten noch dramatisch höhere Anteile des Bundeshaushalts für die Rentenversicherung notwendig werden. Zusammengenommen sticht die AfD mit der Kombination aus Rentengeschenk und massiven Steuersenkungsversprechen aus dem deutschen Parteiensystem mit einem besonders unausgewogen finanzierten Wahlprogramm heraus.

Abbildung 2-2: Wirkung Einkommensteuerreform

Beispielrechnung für Familien mit zwei Kindern im Vergleich zum geltenden Recht in Euro, Entlastung im Jahr 2025



Anmerkungen: abhängig Beschäftigte, gesetzlich krankenversichert mit Zusatzbeitrag 2,5 Prozent.
 Betrachtet: Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag, Kindergeld, Kinderfreibetrag.

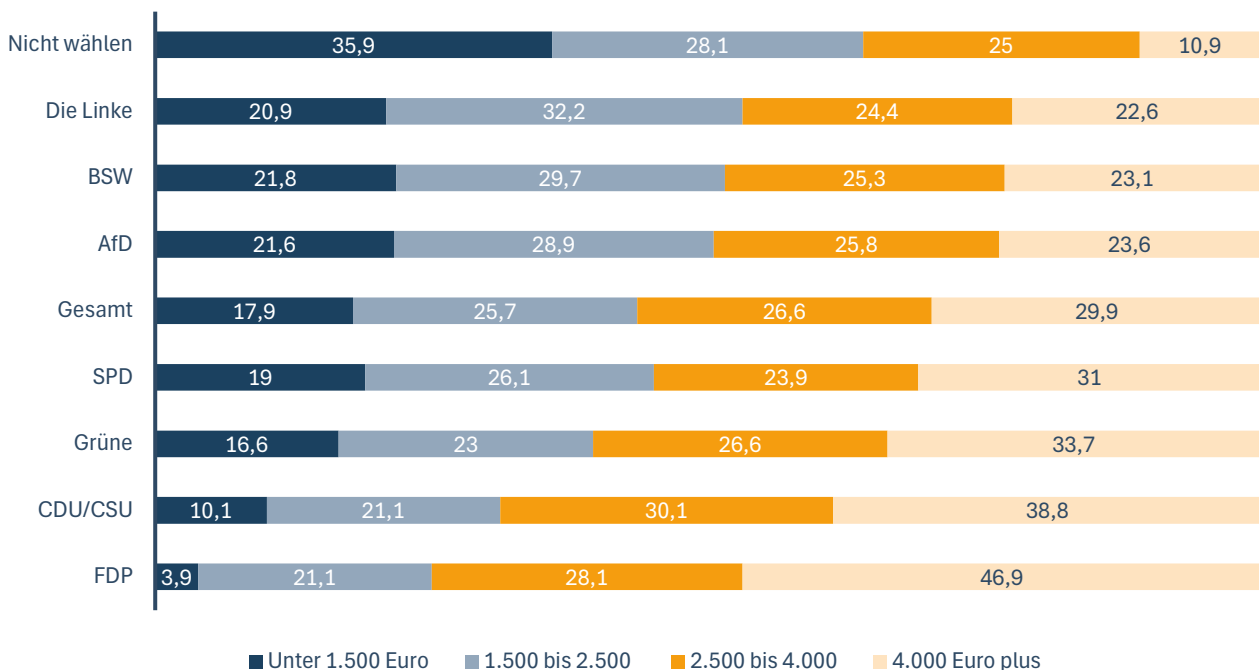
Quelle: Hentze/Beznoska, 2025

Modellierungen anhand eines Steuer-Transfer-Mikrosimulationsmodells geben Hinweise auf die Verteilungswirkung der von den unterschiedlichen Parteien vorgeschlagenen Steuerreformen (ZEW, 2025). So würde die Einkommensungleichheit der verfügbaren Haushalte – gemessen am Gini-Koeffizienten – nach Umsetzung der Vorschläge der Linken am stärksten zurückgehen (-10,2 Prozent). Die Pläne von FDP und AfD führten hingegen zum stärksten Anstieg der Ungleichheit um 4,7 Prozent respektive 2,7 Prozent des Gini-Koeffizienten.

Eine Beispielrechnung des IW beleuchtet beispielhaft die Implikationen der vorgeschlagenen Änderungen von Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag, Kindergeld, Kinderfreibetrag und Familiensplitting. Für Abbildung 2-2 wurden die Auswirkungen der vorgeschlagenen Reformen für Familien mit zwei Kindern durchgerechnet (Hentze/Beznoska, 2025). Es zeigt sich, dass alle Parteien Familien mit Kindern entlasten wollen. Am oberen Ende der Einkommensskala (Bruttoeinkommen der Ehepartner 90.000 Euro respektive 40.000 Euro) fallen diese Entlastungen bei den Vorschlägen der AfD (7.719 Euro; 5,9 Prozent des jährlichen Bruttoeinkommens) und der FDP (6.358 Euro; 4,9 Prozent jährlich des jährlichen Bruttoeinkommens) besonders deutlich aus. In den mittleren ausgewiesenen Einkommensbereichen ergeben sich aus den AfD- und FDP-Vorschlägen ähnlich starke Entlastungen (rund 4.000 Euro/4 Prozent des jährlichen Bruttoeinkommens respektive rund 2.000 Euro/3 Prozent des jährlichen Bruttoeinkommens). Deutlich stärker profitieren Familien mit mittleren Einkommen nur von den Vorschlägen der Partei Die Linke. Für Familien mit zwei Kindern und einem Alleinverdiener mit einem Brutto-Jahreseinkommen von 42.000 Euro sollen die Steuersenkungen hingegen deutlich geringer ausfallen. Die Vorschläge von AfD und FDP haben demnach gemein, dass höhere Einkommen besonders stark und niedrigere Einkommen schwächer entlastet werden sollen. Die AfD folgt dabei dem Motto „Einnahmen runter, Ausgaben rauf“, während das der FDP „Einnahmen runter, Ausgaben aber auch“ lautet. Deutlich geringere Entlastungen ergeben sich für alle Einkommenskombinationen aus den Vorschlägen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

Abbildung 2-3: Einkommensstruktur der Parteianhängerschaften

Haushaltsnettoeinkommen, in Prozent, nach Sonntagsfrage



N=3.267; Befragungszeitraum: 10.12.2024 bis 18.12.2024.

Datenquelle: IW-Personenbefragung im Online-Access Panel von Bilendi&respondi, quotenrepräsentativ nach den Merkmalen Alter/Geschlecht, Wohnort nach Bundesland und Einkommen

Einkommenschichten am unteren Ende der Verteilung profitieren damit von den AfD-Einkommensteuerplänen weniger stark als besser situierte Haushalte. Passend zu diesem Befund haben Auswertungen auf Basis des Wahl-O-Mat für vergangene Wahlen ergeben, dass Teile der AfD-Anhängerschaft nicht von der

vorgeschlagenen Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik profitieren würden (Fratzscher, 2023; 2024). Abbildung 2-3 deutet allerdings darauf hin, dass die AfD – auch nachdem ihre Wahlprognosen bundesweit auf rund 20 Prozent angewachsen sind – weiterhin breite Teile ihrer Wählerschaft aus mittleren Einkommen rekrutiert. So erzielen Menschen mit AfD-Wahlneigung zu 28,9 Prozent Haushaltsnettoeinkommen zwischen 1.500 Euro und 2.500 Euro monatlich (gesamt: 25,7 Prozent); 25,8 Prozent leben in Haushalten mit einem Nettoeinkommen zwischen 2.500 Euro und 4.000 Euro monatlich (gesamt: 26,6 Prozent). Auswertungen der IW-Personenbefragung zeigen doch, dass im Vergleich zum Rest der Bevölkerung ein Übergewicht bei niedrigen Einkommen von unter 1.500 Euro monatlich (AfD: 21,6 Prozent; gesamt: 17,9 Prozent) sowie ein geringerer Anteil höherer Einkommen von über 4.000 Euro monatlich (AfD: 23,6 Prozent; gesamt: 29,9 Prozent) besteht. Tatsächlich zeigt sich damit: Von den hohen vorgeschlagenen Entlastungen am oberen Rand der Einkommensverteilung würde die wohlsituierte FDP-Anhängerschaft deutlich stärker profitieren als die sozio-ökonomisch diverseren AfD-Parteigänger.

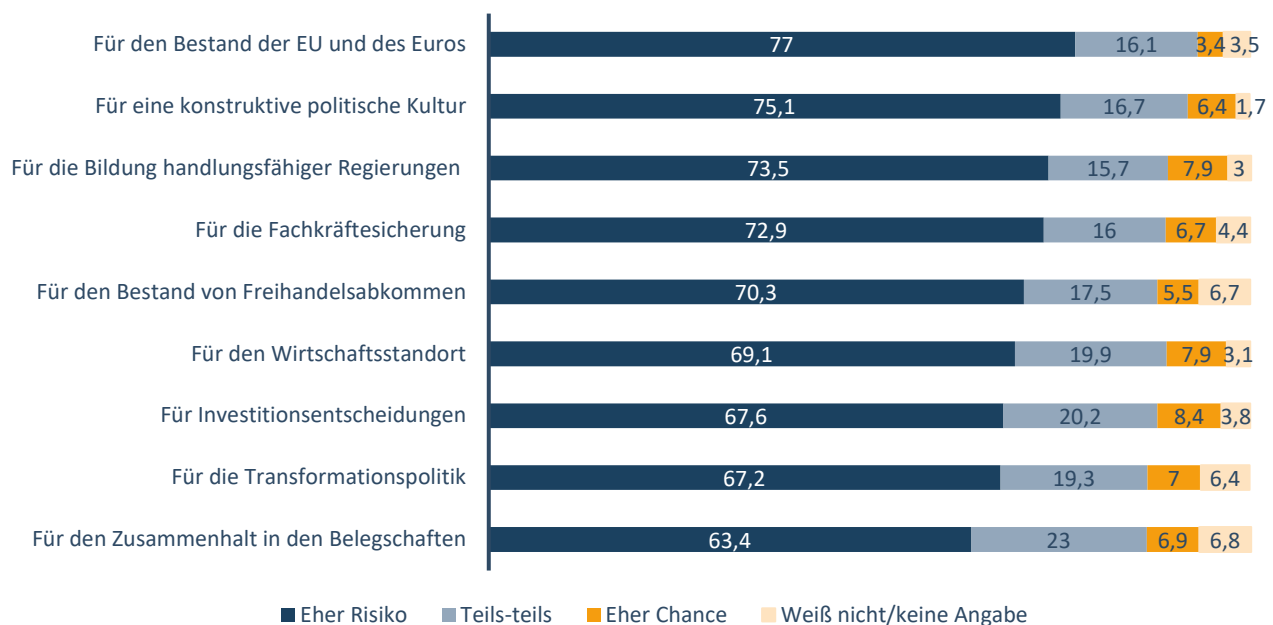
Zwar hat seit der Gründungsphase durch die stärkere Parteineigung von Menschen mit niedrigeren Einkommen eine deutliche Verschiebung in der Einkommensstruktur der Wählerschaft stattgefunden, in der Gesamtschau charakterisiert das Akronym sich ausgeliefert fühlende Durchschnittsverdiener (Bergmann et al., 2017) die Partei jedoch weiterhin treffend. Neben den enormen Sorgen, die sich AfD-Sympathisanten um die Demokratie und das politische System machen, fällt zudem die Besorgnis über die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung aus dem Bild (große Sorgen: AfD: 66 Prozent; gesamt: 46 Prozent). Deutlich niedriger fallen Sorgen sowie die Diskrepanz zum Rest der Bevölkerung hinsichtlich der eigenen wirtschaftlichen Situation aus (große Sorgen: AfD: 40 Prozent; gesamt: 28 Prozent). Mit Blick auf die sozialpolitischen Einstellungen fällt zudem auf, dass auch weniger wohlsituierte AfD-Anhänger den Sozialstaat in vielerlei Hinsicht äußerst kritisch betrachten – auch dann –, wenn sie selbst von einem Ausbau profitierten (Bergmann/Diermeier, 2024a). Obwohl die AfD-Wählerschaft verteilungspolitisch in Teilen nicht vom politischen Angebot ihrer Partei profitieren würde, so befürwortet sie die Vorschläge ihrer Partei doch weitestgehend.

3 Implikationen für die EU, den Euro und den Freihandel

Im Gegensatz zur wirtschaftsfreundlichen Selbstdarstellung der Partei sowie der in weiten Teilen wirtschaftsliberalen Programmatik erkennen deutsche Unternehmen ausweislich einer IW-Befragung¹ in der AfD vornehmlich Gefahren. An der Spitze steht dabei das Risiko „für den Bestand der Europäischen Union und des Euros“ mit einem Wert von 77 Prozent. 16,1 Prozent antworteten „teils-teils“. Lediglich 3,4 Prozent der befragten Firmenchefs erkennen in der Abkehr von der EU und der Gemeinschaftswährung eine Chance. Es folgen Sorgen um die politische Kultur, die Bildung einer handlungsfähigen Regierung, die Fachkräftesicherung sowie um den Bestand von Freihandelsabkommen.

Abbildung 3-1: Risikowahrnehmung langfristiges Erstarken AfD

Unternehmensbefragung, Anteile in Prozent



Gewichtet mit Anzahlgewichten; Fragetext im Original: „Sehen Sie in einem langfristigen Erstarken der AfD eher Risiken oder Chancen für die folgenden Aspekte?“

N=905; Befragungszeitraum: 8.3.2024 bis 30.4.2024.

Quelle: Bergmann/Diermeier, 2024b; Datenquelle: IW-Zukunftspanel, Welle 47, 2024

Dass gerade die Sorgen um die EU und den Euro unter Unternehmenslenkern ganz oben rangieren, ist dahingehend unerwartet, dass die Partei, selbst wenn sie in den kommenden Jahren in eine Koalitionsregierung auf Landesebene – oder selbst auf Bundesebene – eintreten sollte, ihre europapolitischen Positionen bei weitem nicht unmittelbar durchsetzen könnte. Unter allen abgefragten Implikationen (siehe Abbildung 3-1) sind die Auswirkung auf europäischer Ebene vermutlich am weitesten vom unmittelbaren Einflussbereich der Partei entfernt. Ausschlaggebend für die Besorgnis in der deutschen Wirtschaft dürfte demnach weniger die Möglichkeit der AfD, ihre europapolitischen Vorstellungen unmittelbar umzusetzen, sondern vielmehr die Radikalität sein, mit der diese vertreten werden.

¹ Zu den Befragungsdetails siehe Bergmann et al., 2024a

Tatsächlich fordert die AfD seit Parteigründung und auch im aktuellen Wahlprogramm explizit den Exit Deutschlands aus der europäischen Währungsunion: „Deutschland muss aus dem Euro-System austreten“ (AfD, 2025, 61). Darüber hinaus drängt die Partei auf eine Abkehr von der jetzigen Staatengemeinschaft und strebt einen „Bund europäischer Nationen [...] als Wirtschafts- und Interessengemeinschaft“ (AfD, 2025, 86) an. Wie ein solcher Bund institutionell aufgestellt werden soll – ob sich dieser etwa auf einen gemeinsamen Binnenmarkt beschränken soll – bleibt ebenso unklar, wie die realpolitische Umsetzung mit den 26 weiteren EU-Ländern. Jedenfalls heißt es im Europawahlprogramm von 2024, die EU sei „ein undemokratisches und reformunfähiges Konstrukt“ (AfD, 2024, 9). Konstruktive Ambitionen von Seiten der AfD, die Staatengemeinschaft zu ihren Vorstellungen zu reformieren, werden nicht ausformuliert. Ganz offen hatte Parteiprecherin Alice Weidel zudem in einem Interview mit der Financial Times den Brexit – also den Austritt aus der EU – als „Modell für Deutschland“ charakterisiert (Chazan, 2024).

Dabei ist unumstritten, dass der EU-Binnenmarkt in Deutschland in überdurchschnittlichem Maße zum Wohlstand beigetragen hat (Mion/Ponattu, 2019): Berechnungen zufolge belaufen sich die Wohlstandsgewinne pro Kopf aufgrund des EU-Binnenmarkts in Deutschland auf 1.046 Euro jährlich. Im EU-Durchschnitt beträgt der Wert hingegen jährlich 840 Euro pro Kopf. Zudem entfielen von den 461 Milliarden Euro Wohlfahrtsgewinn des gemeinsamen Marktes insgesamt über 18 Prozent respektive 83 Milliarden Euro allein auf die Bundesrepublik. Diese profitierte damit mehr als jeder andere Staat (Mion/Ponattu, 2019, 12 f.).

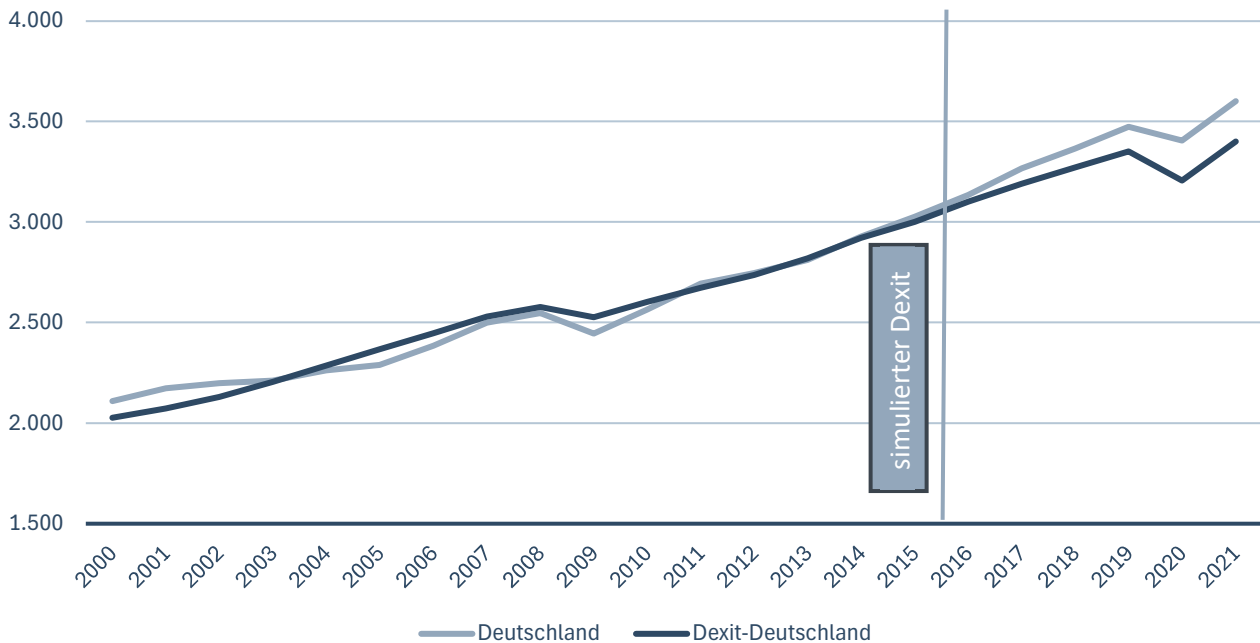
Folglich wäre ein Austritt Deutschlands aus der EU – das lehrt nicht zuletzt das Beispiel Großbritanniens – mit enormen Folgekosten für die exportorientierte hiesige Volkswirtschaft und ihren Wohlstand verbunden. Nach dem Brexit-Referendum aus dem Juni 2016 vollzog das Vereinigte Königreich 3,5 Jahre später zum 31. Januar 2020 den Austritt aus der EU. Die seit dem Referendum 2016 beobachteten und messbaren ökonomischen Folgen können als Grundlage genutzt werden, um die Folgen eines möglichen Austritts Deutschlands aus der EU zu umreißen (Bardt et al., 2024). Mittels einer kontrafaktischen Analyse mit der sogenannten Synthetischen Kontrollmethode (SKM) lassen sich die für Bundesrepublik in einem solchen Szenario entstehenden Kosten schätzen.

Abbildung 3-2 visualisiert die tatsächliche Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts Deutschlands im Vergleich mit dem hochgerechneten, synthetischen, kontrafaktischen Dexit-Deutschland. Letzteres setzt sich aus gewichteten britischen Regionen zusammen, deren Wirtschaftsstruktur derjenigen der deutschen Bundesländer am nächsten kommt. Vor dem simulierten Austrittsdatum 2016 weist die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Vergleichsregionen einen sehr ähnlichen Verlauf auf. Deutlich sichtbar wird die vergleichbare Schwächung des BIP-Wachstums im Dexit-Deutschland dann nach 2016 – ab diesem Zeitpunkt fällt die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland deutlich besser aus. Mit anderen Worten: Das Wachstum Deutschlands hätte sich mit einem Dexit-Referendum im Jahr 2016 merklich abgeschwächt. Die volkswirtschaftlichen Verluste wachsen dann mit zunehmender Lücke zwischen den beiden Linien im Zeitverlauf weiter an. Überträgt man die Entwicklung des Vereinigten Königreichs auf Deutschland, würde ein Dexit schon nur 3,5 Jahre nach einem entsprechenden Referendum und 1,5 weitere Jahre nach dem tatsächlichen Austritt aus der EU zu einem 5,6 Prozent niedrigeren realen BIP führen. Umgerechnet mit der gegenwärtigen Arbeitsproduktivität eines durchschnittlichen Erwerbstätigen ginge dieser Rückgang der Wirtschaftsleistung um etwa 200 Milliarden Euro im fünften Jahr nach dem Dexit-Referendum sowie mit dem Verlust von ungefähr 2,5 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland einher. Über alle fünf Jahre zusammengenommen summieren sich die volkswirtschaftlichen Kosten sogar auf 690 Milliarden Euro auf. Um eine solche Summe einzuordnen, ist es hilfreich, zum Vergleich heranzuziehen, dass die Verluste an Wirtschaftsleistung während der

Corona- und Energiekostenkrise im Zeitraum 2020 bis 2023 zusammengenommen in etwa ähnlich hoch ausgefallen sind. Eine solche Betrachtung macht nachvollziehbar, weshalb Unternehmen die europapolitische Agenda der AfD in besonderem Maße kritisch evaluieren.

Abbildung 3-2: Wirtschaftliche Implikationen „Dexit“

Entwicklung des realen BIP in Deutschland mit und ohne einen (simulierten) Austritt aus der EU in Milliarden Euro



Quelle: Bardt et al., 2024; Datenquellen: Office for National Statistics; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft

Da das Vereinigte Königreich den Euro nie übernommen hatte, ging mit dem Brexit auch kein Austritt aus der Währungsunion einher. Da Deutschland bei einem Dexit aber sowohl aus der EU als auch aus dem Euro austreten müsste, sind die Berechnungen eher als konservative Schätzung der tatsächlichen wirtschaftlichen Effekte eines Dexit zu bewerten. Immerhin 38 Prozent der deutschen Exporte gingen im Jahr 2023 wechselkursfrei in den Euroraum; 54 Prozent in die EU.

Tatsächlich gibt es für einen Euro-Austritt bislang keinen Präzedenzfall, an dem sich eine ähnliche Simulation durchführen ließe. In jedem Fall würden lange Zeit unbekannte Währungsrisiken wieder Einzug in das Geschäft gerade von kleineren Unternehmen nehmen, die exklusiv für den Euroraum produzieren und in die dortigen Wertschöpfungsketten eingebunden sind. Alle im Export tätigen Unternehmen müssten sich auch im Handel mit den Nachbarländern auf Wechselkursfluktuationen einzustellen. Das britische Pfund wurde nach dem Brexit stark abgewertet. Mit Blick auf die Entwicklung einer wiedereingeführten D-Mark wäre fraglich, für welche Länder der Euro ohne Deutschland weiter Bestand hätte, oder ob die Währungsunion gänzlich auseinanderbräche. In einem solchen Fall wäre insbesondere gegenüber vormaligen süd- und osteuropäischen Euroländern eine starke Aufwertung der deutschen Währung zu erwarten. Diese würde die deutsche Exporttätigkeit noch weiter belasten.

Immerhin an fünfter Stelle der Risikoeinschätzung artikulieren die Unternehmen ihre Sorgen um den Bestand von Freihandelsabkommen (Abbildung 3-1). Für eine vermeintlich wirtschaftsliberale Partei ist auch diese Skepsis ungewöhnlich. Dabei war die Partei aus ihrer volkswirtschaftlichen Prägung heraus Freihandels-

abkommen zu Beginn stark zugeneigt. Gründungsmitglied, ehemaliger Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats der AfD und Professor der Volkswirtschaftslehre Joachim Starbatty stand in den Anfangsjahren stellvertretend für die Freihandelsposition der Partei. Als er in seinem Werben für das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP auf empfindlichen Widerstand auch in der eigenen Partei traf, entspann sich eine öffentliche Diskussion um die Positionierung in dieser Frage (Starbatty, 2014). Im Sommer 2015 trat Starbatty als amtierenden Europarlamentarier aus der Partei aus. Weiterhin spricht sich die AfD ausweislich ihres Wahlprogramms und diverser Äußerungen von Spitzenpolitikern an unterschiedlicher Stelle für den Freihandel aus. Die Bearbeitung dieses Politikfelds in der Praxis lässt jedoch große Zweifel daran aufkommen, ob diese Äußerungen ernst zu nehmen sind. So stimmte die AfD-Fraktion am 1. Dezember 2022 einstimmig gegen das Transatlantische Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) und auch das EU-Abkommen mit den Mercosur-Staaten stieß auf Ablehnung – als Grund hierfür wurde eine Benachteiligung der heimischen Landwirtschaft angegeben. Das findet sich so auch im Bundestagswahlprogramm wieder: „Das Mercosur-Abkommen schadet unserer Landwirtschaft derzeit allerdings und erschwert damit langfristig die Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung unserer Bevölkerung aus eigener Kraft.“ (AfD, 2025, 94). Die Skepsis gegenüber Freihandelsabkommen zieht sich in der Parteigeschichte der AfD auch in Worten – und nicht nur in konkretem Abstimmungsverhalten – durch. Im Zuge der oben angeführten erbitterten Debatte um TTIP begründete der damalige stellvertretende Vorsitzende der AfD, Alexander Gauland, die Ablehnung seiner Partei damit, dass das Abkommen „undemokratisch und intransparent [ist]. Es hat aber noch einen weiteren Nachteil: Es würde einen eisernen Vorhang der Wirtschaft gegenüber Russland hochziehen und eine noch größere Entfremdung zwischen Europa und Russland zementieren. So kann es mit dem Abkommen nicht weitergehen.“ (Gauland, 2016). Die rein ökonomische Ratio dahinter scheint, dass die aus einer Entfremdung zu Russland resultierenden ökonomischen Nachteile derer aus dem Nicht-Zustandekommen von TTIP überwiegen. Bezeichnenderweise kommt im aktuellen Wahlprogramm der Begriff „Freihandel“ kein einziges Mal vor.

4 Implikationen für die standortsichernde Fachkräftesicherung

Die deutsche Wirtschaft ringt massiv mit der mangelnden Fachkräfteverfügbarkeit. Auswertungen weisen schon heute auf einen ungedeckten Bedarf an Fachkräften auf dem deutschen Arbeitsmarkt von knapp 600.000 Personen hin: Allein im vergangenen Jahr ergab sich dadurch eine klaffende Lücke im Produktionspotenzial von 1,1 Prozent oder umgerechnet 49 Milliarden Euro (Burstedde/Kolev-Schaefer, 2024). Zudem wird sich die Schwierigkeit, Fachkräfte in ausreichendem Ausmaß zu rekrutieren, in Zukunft absehbar verschärfen. Dafür sorgt die demografische Entwicklung: In den kommenden zehn Jahren werden rund 13,2 Millionen Menschen altersbedingt aus dem Erwerbsleben ausscheiden, und es rücken gerade einmal 8,5 Millionen Personen im Alter von 15 Jahren bis 24 Jahren nach (Plünnecke, 2024). Selbst wenn diese jungen Menschen passgenau qualifiziert wären, ergäbe sich eine Lücke im Fachkräftepotenzial von knapp 5 Millionen Personen. Diese Entwicklungen schlagen längst auf das unternehmerische Handeln durch. In einer Befragung der Europäischen Investitionsbank (EIB) geben beispielsweise 90 Prozent der Unternehmen an, der Fachkräftemangel sei aktuell das bedeutendste Investitionshindernis (EIB, 2024).

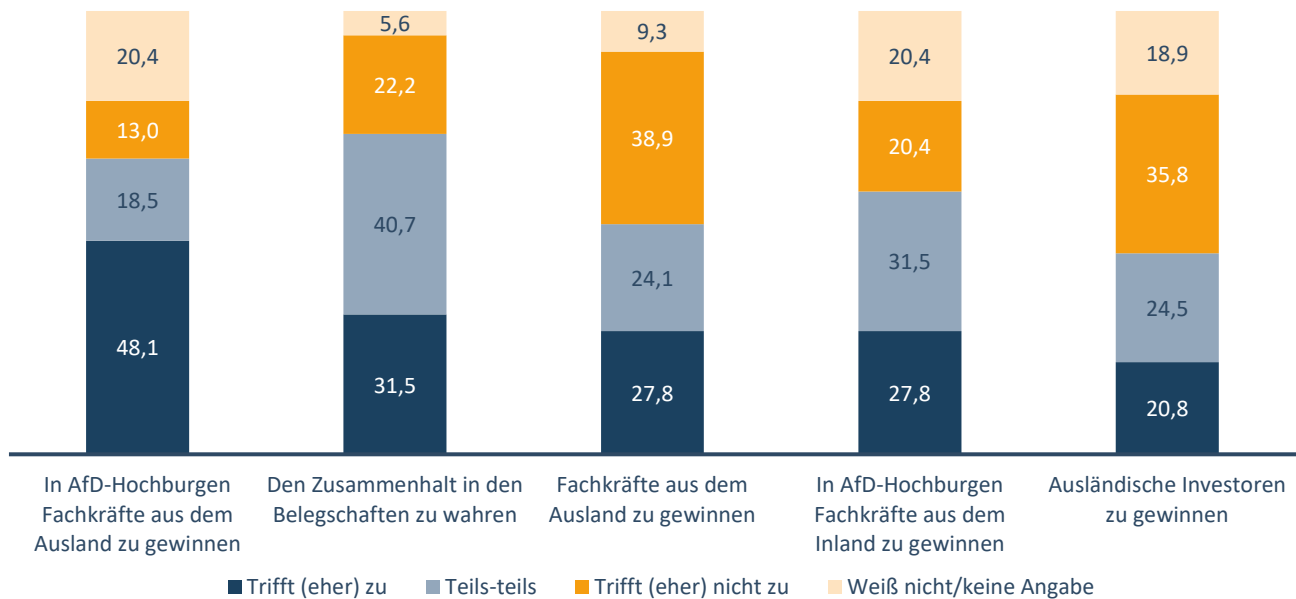
Demografische Schwierigkeiten und Fachkräftemangel wirken dabei nicht gleichermaßen im Bundesgebiet. Wohingegen Agglomerationsräume weiterhin Zuzug verzeichnen, treten die Probleme im Ländlichen deutlich stärker zu Tage. Besonders unter Abwanderung gelitten haben in der vergangenen Dekade die ländlichen Gebiete Ostdeutschlands außerhalb der Speckgürtel: In diesen Landkreisen kam es in der Spitze zu einer Abwanderung von bis zu 10 Prozent der vormaligen Bevölkerung. Genau in diesen Regionen fallen zudem die Demografieprognosen für die kommenden 20 Jahre besonders dramatisch aus. Im Extremfall wird von einer weiteren Entleerung um knapp 20 Prozent der jetzigen oder vormaligen Bevölkerung ausgegangen (Diermeier et al., 2024).

Eine solche Entwicklung stellt die Zukunftsfestigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft vor Ort auf eine schwere Probe. Politisches Kapital konnten daraus zuletzt die politischen Ränder schlagen. AfD und BSW lagen in den schrumpfenden Regionen Ostdeutschlands in Wahlbefragungen knapp 12 Prozent respektive rund 10 Prozent über ihrem bundesweiten Durchschnitt (Diermeier et al., 2024). Beide Parteien hatten für die ostdeutschen Landtagswahlen im Herbst 2024 einen klaren Fokus auf die Stärkung des ländlichen Raums gelegt und konnten gerade dort enorme Wahlerfolge realisieren.

Nimmt man die dortige Demografiekrise ernst, bieten beide Randparteien keine gangbaren Lösungen an, die die Situation vor Ort entspannen würden. Bei der Strategie, dem Fachkräftemangel über eine Stärkung der Geburtenrate entgegenzuwirken – die AfD hat hierzu beispielsweise eine 20.000 Euro hohe Willkommensprämie für Neugeborene sowie das Familiensplitting (siehe Kapitel 2) im Programm –, würde es selbst bei Erfolg rund zwei Jahrzehnte dauern, bis diese im Arbeitsmarkt in ersten Zügen sichtbar würden. Gegenüber zusätzlicher Migration, die zu einem nachhaltigen Entspannen der Situation beitragen könnte, sind beide Parteien hingegen äußerst kritisch eingestellt. Zwar hält die AfD mittlerweile im Wahlprogramm fest, sie würde die „Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte, sofern diese zum Erfolg unseres Landes sowie zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland beitragen können“ begrüßen (AfD, 2025, 111), besteht aber gleichzeitig darauf, in Deutschland gäbe es – auch ohne Migration – „ausreichend potenzielle Arbeitskräfte“ (AfD, 2025, 111).

Abbildung 4-1: Schwierigkeiten für die Fachkräftesicherung durch AfD-Erstarken

Befragung von Hauptgeschäftsführern von Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbänden, in Prozent



Fragetext im Original: "Wenn Sie an die akuten betrieblichen Auswirkungen des Erstarkens der AfD auf die deutsche Wirtschaft denken: Wie stark treten die folgenden Auswirkungen Ihrer Einschätzung nach zu Tage?"

N=54; Befragungszeitraum: 9.8.2023 bis 30.08.2023.

Quelle: Bergmann/Diermeier, 2024b; Datenquelle: IW-Zukunftspanel, Welle 47, 2024

Auswertungen einer Unternehmensbefragung (IW-Zukunftspanel, Welle 47, 2024) des IW aus dem Frühjahr 2024 zeigen klar, wie skeptisch die deutsche Wirtschaft diesen Plänen gegenübersteht. Gefragt nach der Kompetenzzuschreibung im Politikfeld Fachkräftesicherung wird die AfD von Unternehmensführern auf den letzten Platz gerankt.² Im Durchschnitt bewerten die Unternehmen die Partei mit der Schulnote „mangelhaft“ (5,3) und damit noch schlechter als Die Linke (4,9) und das BSW (4,8).

Abbildung 4-1 weist darauf hin, dass die deutsche Wirtschaft in Fragen des Fachkräftemangels schon heute unter den Folgen des Rechtsaußen-Erstarkens leidet. Dargestellt sind die Ergebnisse einer Befragung von Hauptgeschäftsführern großer Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände.³ Gefragt nach den „akuten betrieblichen Auswirkungen“ der politischen Entwicklung, gibt bereits im August 2023 knapp die Hälfte der Hauptgeschäftsführer an, es gäbe „Schwierigkeiten, in AfD-Hochburgen Fachkräfte aus dem Ausland zu gewinnen“ (vergleichend: nur 13 Prozent „trifft (eher) nicht zu“). Andere negative Implikationen, wie die abschreckende Wirkung auf ausländische Investoren, vor der beispielsweise der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank Christian Sewing gewarnt hatte (Osman, 2024), oder etwaige Spannungen in den Belegschaften, werden als deutlich weniger akut – aber dennoch als relevant – betrachtet.

Die Wirkmächtigkeit dieser Einschätzungen aus der verfassten deutschen Wirtschaft bestätigt eine Meta-Studie zu dem Thema: So finden verschiedene Untersuchungen, dass Regionen, in denen Rechtsaußen-Parteien besonderen Zulauf erfahren, unter Schwierigkeiten „bei der Anwerbung von in- und ausländischen

² Zu den Befragungsdetails siehe Bergmann et al., 2024b

³ Zu den Befragungsdetails siehe Bergmann et al., 2024a

Fachkräften“ (Krieger, 2024, 2) leiden. Als Gründe dafür werden „Sicherheitsbedenken und der Wunsch, in einem Umfeld zu leben, in dem sie von Menschen mit ähnlichen Ansichten und Interessen umgeben sind“ (Krieger, 2024, 2) angeführt. Dass der Wunsch nach einem wertschätzenden und sicheren Umfeld auch in Deutschland für den Arbeitskontext hohe Relevanz hat, zeigt eine empirische Studie aus dem Jahr 2024: So ist mit dem Rechtsaußen-Erstarken auch die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen und Vorfälle am Arbeitsplatz sichtbar geworden. Einer von drei Beschäftigten in Deutschland hat bereits rechtsextreme Einstellungen am Arbeitsplatz wahrgenommen. Einer von zehn war schon einmal persönlich Opfer rechtsextremer Anfeindungen (Fresen/Klatt, 2024).

Auf eine bemerkenswerte Weise hat die Rechtsaußen-Partei ihre Position zur Migrationspolitik seit der Gründung vor über zehn Jahren immer wieder verschärft. Im Wahlprogramm 2025 ist nun erstmals ein „Maßnahmenkatalog [...] Remigration“ (AfD, 2025, 101) erwähnt. Ein solches Wording, das zumindest mit der Idee spielt, eingebürgerte Menschen aus Deutschland auszuweisen, wurde bis zum Nominierungsparteitag von Alice Weidel zur Kanzlerkandidatin für die Bundestagswahl 2025 in offiziellen Verlautbarungen vermieden. Im Zuge der Europawahl 2024 hatte allein die Nähe zu dem Begriff die Partei selbst unter ihresgleichen im Europaparlament zum Paria gemacht und eine Mitgliedschaft in einer der aussichtsreicheren Rechtsaußen-Fraktionen verunmöglicht. Allein aus der Diskussion können sich für potenzielle Bewerber aus dem Ausland Bedenken ergeben, sich in einem Land um Arbeit zu bemühen, in dem offenbar breite Teile der Bevölkerung Migration derart ablehnen und eine der stärksten Parteien den Wahlkampf mit dem Stichwort Remigration bestreitet.

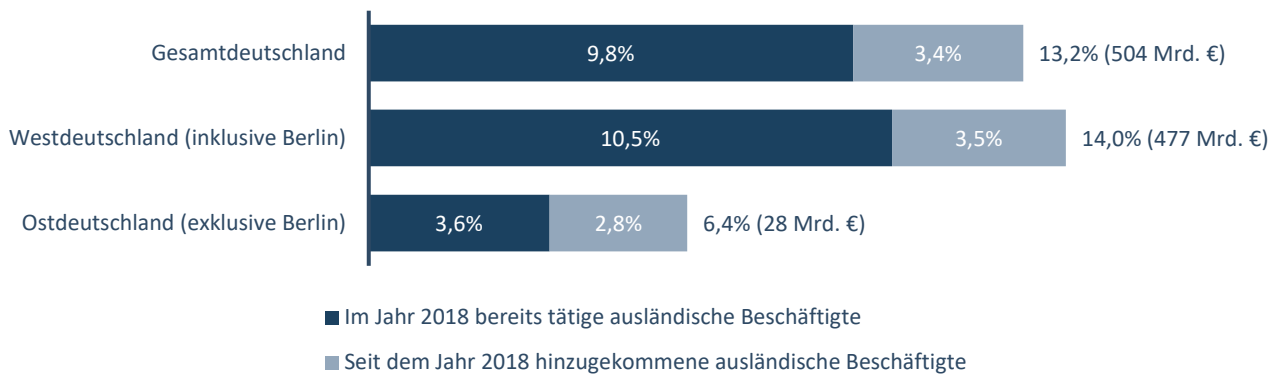
Dabei haben Beschäftigte ohne deutsche Staatsangehörigkeit für den deutschen Arbeitsmarkt bereits heute eine große Bedeutung. Nach Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA, 2024) waren Ende 2023 bundesweit rund 6,7 Millionen ausländische Personen sozialversicherungspflichtig oder geringfügig beschäftigt – 15,6 Prozent aller Beschäftigten. Im Vergleich zu 2018 entspricht dies einem Anstieg um gut 1,7 Millionen Beschäftigten ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Demgegenüber sank die Zahl der Beschäftigten mit deutscher Staatsangehörigkeit im selben Zeitraum leicht um rund 3.000 Personen. Besonders auffällig sind die Unterschiede in der Entwicklung zwischen Beschäftigten mit deutscher und ausländischer Staatsangehörigkeit in den ostdeutschen Flächenländern. In dieser Region sank die Zahl der Beschäftigten mit deutscher Staatsangehörigkeit um rund 76.000 Personen. Eine Schrumpfung der dortigen Beschäftigung konnte nur verhindert werden, weil die Zahl der ausländischen Beschäftigten um rund 334.000 anstieg. Andere Studien belegen, dass die Zuwächse an sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in Ostdeutschland in den vergangenen Jahren ohne Zuwanderung aus Drittstaaten nicht möglich gewesen wären (Semsarha et al., 2024).

Die Zahlen der BA erlauben auch die Perspektive auf ausländische Beschäftigte in den unterschiedlichen Wirtschaftszweigen. Besonders viele Beschäftigte mit ausländischer Staatsangehörigkeit arbeiten in gebäudenahe Diensten (742.000), im Gastgewerbe (682.000), dem Baugewerbe (471.000) und dem Einzelhandel (458.000). Zudem spielen sie im Sozial- (358.000) und Gesundheitswesen (351.000) und im Großhandel (220.000) eine unverzichtbare Rolle. Darüber hinaus leisten sie auch in zahlreichen anderen Wirtschaftssektoren einen wesentlichen Beitrag. Zwei Millionen ausländische Fachkräfte arbeiten derzeit in sogenannten Engpassberufen, in denen der Fachkräftemangel ein herausgehobenes Problem darstellt (Pierenkemper et al., 2024). Unter der Annahme, dass ihre Produktivität dem durchschnittlichen Niveau der Branchen entspricht, in denen sie tätig sind, ergibt sich ein jährlicher Gesamtbeitrag ausländischer Beschäftigter zur Bruttowertschöpfung von 504 Milliarden Euro. Dies entspricht einem Anteil von 13,2 Prozent an der

bundesweiten Bruttowertschöpfung (siehe Abbildung 4-2).⁴ Allein 3,4 Prozent der Wertschöpfung geht auf diejenigen Beschäftigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit zurück, die seit 2018 in den Arbeitsmarkt eingetreten sind. In Westdeutschland (inklusive Berlin) ist der Anteil der von Ausländern erwirtschafteten Wertschöpfung mit 14,0 Prozent deutlich höher als in den ostdeutschen Flächenländern (6,4 Prozent). Jedoch ist (prozentual gesehen) die Bedeutung der ausländischen Beschäftigten seit 2018 in den neuen Bundesländern stärker gewachsen als in Westdeutschland.

Abbildung 4-2: Bedeutung ausländischer Beschäftigte

Direkte Wertschöpfungsbeiträge in Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung, 2023



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, 2024; Destatis, 2024; eigene Berechnungen

Die unter dem Label „Remigration“ geführte – oder auch nur so verstandene – Diskussion um die Abschiebung von Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit kann zudem Effekte über den direkt von diesen Beschäftigten generierten Wertschöpfungsbeitrag hinaus haben. Zusätzlich wären auch die vorgelagerten Wertschöpfungsketten betroffen, wie beispielsweise die Produktion von Baustoffen, die durch eine Verringerung der Bauaktivitäten im Land ausgelöst würde (indirekte Effekte). Zudem würde auch die Produktion, die durch den Konsum dieser Beschäftigten angestoßen wird (induzierte Effekte), negativ beeinflusst. Diese Effekte wurden mithilfe von Input-Output-Tabellen für das vorliegende Gutachten quantifiziert. Dabei werden zur Vermeidung von Dopplungen nur die Beiträge in den Vorleistungsindustrien berücksichtigt, die nicht schon im direkten Effekt enthalten sind. Indirekt und induziert hängen weitere 144 Milliarden Euro Wertschöpfung an den Tätigkeiten der Beschäftigten mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Die gesamte wirtschaftliche Bedeutung dieser Beschäftigten steigt somit auf 648 Milliarden Euro an, was 16,9 Prozent der bundesweiten Bruttowertschöpfung entspricht. Davon entfallen allein 162 Milliarden Euro Wertschöpfung (4,2 Prozent) auf die ausländischen Beschäftigten, die seit 2018 in den Arbeitsmarkt eingetreten sind.

Mehr qualifizierte Zuwanderung – nicht weniger – würde der deutschen Wirtschaft die dringend notwendigen Impulse geben. Um bis zum Ende des Jahrzehnts wieder zu dem Wachstumspotenzial der vergangenen beiden Dekaden zurückzukehren, bräuchte es eine Zuwanderung von ungefähr 1,5 Millionen Erwerbspersonen (Hackmann et al., 2025). Das Rechtsaußen-Erstarken macht eine solche Zuwanderung unwahrscheinlicher. Am stärksten werden darunter vermutlich genau die AfD-Hochburgen im ländlichen Raum leiden, in denen die demografische Situation am angespanntesten ist.

⁴ Dass dies weniger als ihr Anteil an der Beschäftigung ist, geht auch darauf zurück, dass neben den Beschäftigten auch Selbstständige einen Beitrag zur Wertschöpfung leisten. Ausländische Selbstständige werden in der Berechnung jedoch nicht berücksichtigt, der Wertschöpfungsanteil ist daher als untere Grenze zu verstehen.

5 Implikationen für die klimapolitische Transformationspolitik

Mit dem Bundes-Klimaschutzgesetz bekennt sich die Bundesregierung zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2045. Die europäischen Regelungen sehen eine Frist bis zum Jahr 2050 vor. Damit stehen Wirtschaft und Gesellschaft vor einem Strukturwandel per Termin. Innerhalb von nur 20 Jahren muss der Umstieg von fossilen auf klimafreundlich erzeugte Energiequellen gelingen. Die Spannungen, die dieser rasante Umstieg auf Seiten der Endverbraucher nach sich zieht, lassen sich anhand der aufgeregten Diskussion über den Einbau von Wärmepumpen oder die CO₂-Intensität von Flugreisen, Verbrennungsmotoren oder der Fleischproduktion nachvollziehen. Mindestens genauso herausfordernd ist alldieweil die Dekarbonisierung des produzierenden Gewerbes.

Noch im Jahr 2023 ging über die Hälfte des bundesweiten CO₂-Ausstoßes auf Industrie (23 Prozent) und Energiewirtschaft (30,5 Prozent) zurück (Agentur für Erneuerbare Energien, 2024). Neben dem massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und dem Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft müssen nicht vollständig vermeidbare Treibhausgasemissionen bis 2045 aufgefangen, abtransportiert und gespeichert werden. Vielfach – wie etwa beim Umstieg von Hochöfen auf Direktinduktionsanlagen in der Stahlproduktion oder bei der Elektrifizierung von Steamcrackern in der Chemieindustrie – sind die dafür benötigten Technologien weitestgehend unerprobt und müssen noch zur Marktreife gebracht werden (Diermeier/Mertens, 2025). Die Wirtschaft steht unter einem enormen Anpassungsdruck. Bereits heute müssen langfristige Investitionsprojekte angestoßen werden, um bis 2045 eine flächendeckende Umsetzung zu erreichen. Unterstützung bedarf es insbesondere von Seiten des Staates, sowohl wettbewerbsfähige Energiepreise zu gewährleisten als auch, die Unternehmen bei den Transformationsinvestitionen zu unterstützen, sodass diese im internationalen Wettbewerb nicht aufgrund einer ambitionierteren klimapolitischen Agenda ins Hintertreffen geraten (Hüther et al., 2024). Anstatt im aktuellen Wahlkampf Zieldebatten loszutreten, sollte die neue Bundesregierung sich auf eine Umsetzungsoffensive verständigen und langfristig verlässliche Rahmenbedingungen gewährleisten (Hüther/Edenhofer, 2025).

Besonders toxisch ist in dieser schwierigen Situation die klimapolitische Rechtsaußen-Strategie. Während alle Parteien des Verfassungsbogens den anthropogenen Klimawandel anerkennen, tut die AfD dies ganz explizit nicht. Im aktuellen Wahlprogramm heißt es dazu ganz grundsätzlich: „Klimawandel gab es zu allen Zeiten. Er ist ein komplexes Phänomen, verursacht durch eine Vielzahl von Faktoren. Die Frage nach dem Anteil des Menschen an diesem ist wissenschaftlich ungeklärt. Darauf lässt sich keine tausende Milliarden Euro kostende sogenannte Energiewende aufbauen“ (AfD, 2025, 77). Ein solches Leugnen des anthropogenen Klimawandels lässt sich politikwissenschaftlich als „Climate Denialism“ (Ekberg et al., 2023) klassifizieren. Die AfD geht aber noch darüber hinaus und torpediert Akteure, Infrastrukturen und Politiken, die notwendig wären, um den Klimawandel effektiv zu bekämpfen (Küppers, 2022; Otteni/Weisskircher, 2022). Mit einem solchen „Climate Obstructionism“ (Ekberg et al., 2023) versucht sie ganz explizit, Sand ins Getriebe der Transformationsbemühungen zu streuen. Dabei unterstellt sie den politisch Verantwortlichen, Wirtschaft und Gesellschaft mit bösen Absichten schaden zu wollen und eine „bereits eingeleitete „Große Transformation“ („The Great Reset““ (AfD, 2025, 78) umzusetzen.

Sichtbar wird die Klima-Obstruktion mit Blick auf die infrastrukturelle Frage besonders beim Ausbau der Windkraft. So versucht die Partei, Windkraftanlagen emotional aufzuladen und als Kulturkampf hochzustilisieren: Im Wahlprogramm heißt es beispielsweise „die Zerstörung des ‚Grimmschen Märchenwalds‘ in Nordhessen für Windindustrieanlagen ist ein unentschuldbarer Eingriff in eine deutsche Seelenlandschaft“

(AfD, 2025, 80). Alice Weidel ging in ihrer Nominierungsrede zur Kanzlerkandidatin für die Bundestagswahl 2025 sogar noch einen Schritt weiter und forderte ganz konkret die „Windmühlen der Schande“ (Weidel, 2025) abzureißen.⁵ Windkraftanlagen zurückbauen zu wollen, die sich größtenteils in der Hand privater Energieerzeuger befinden, deutet derweil auf ein erratisches Verhältnis der Partei mit Blick auf Privateigentum hin. Eigentlich heißt es im Wahlprogramm „Eigentum und Vermögen sind essenziell für die grundgesetzlich fixierten Abwehrrechte“ (AfD, 2025, 47) oder „Eigentum ist Freiheit“ (AfD, 2025, 37). Für Windräder scheint dieser Grundsatz dies nicht zu gelten.

Zweitens deutet die Idee, Windräder abzubauen, an, dass die Partei bereit wäre, eine von langer Hand geplante Grundsatzentscheidungen zur Energieversorgung Deutschlands zu revidieren. Die Abkehr von der Windkraft, die 2024 fast ein Drittel der Stromerzeugung lieferte (Bundesnetzagentur, 2025), würde aber die Versorgungssicherheit Deutschlands gefährden. Das Klimaschutzgesetz sieht derzeit eine Quote der erneuerbaren Energieerzeugung bis 2030 von 80 Prozent vor. Ohne Windkraft wird Deutschland diese Ziele nicht erreichen. Als Ausweg schlägt die Partei den „Wiedereinstieg in die Kernenergie“ (AfD, 2025, 41) vor. Dass ein Neubau von Kernkraftwerken Jahrzehnte brauchen würde, erwähnt die Partei ebenso wenig, wie die wenig erfolgreichen Bemühungen in den europäischen Nachbarländern, neue Atommeiler fristgerecht oder zu wettbewerbsfähigen Preisen ans Netz zu bringen.

Teil der energiepolitischen Strategie ist des Weiteren, die Bundesrepublik zurück in die Abhängigkeit fossiler Energieträger Russlands zu führen. Im Wahlprogramm wird dazu eine „Reparatur und Wiederinbetriebnahme der Nord-Stream-Pipeline“ (AfD, 2025, 41) gefordert. Zwar könnte ein solches Vorgehen die hohen Gaspreise, unter denen die energieintensiven Branchen in Deutschland weiterhin leiden, potenziell senken. Allerdings ist unklar, zu welchen Konditionen russisches Gas verfügbar wäre. Zudem geschähe dies um den Preis einer erneuten geopolitischen Abhängigkeit vom politischen Regime in Russland, das die Gaslieferungen jederzeit wieder als Drohkulisse nutzen könnte sowie eines erheblichen Interessenkonflikts mit den Partnern in Europa und den USA.

Drittens spiegelt sich die klimapolitische Fundamentalopposition im häufig verwandten Label „Öko-Sozialismus“, mit dem die Transformationspolitik aller etablierter Parteien versehen wird (Frohnmaier, 2019). Im aktuellen Wahlprogramm wird in diesem Kontext von einer „ausufernde[n] Plan- und Subventionswirtschaft“ (AfD, 2025, 79) gesprochen. Dabei macht der oben beschriebene Strukturwandel per Termin eine intensive Industriepolitik gerade notwendig (Hüther et al., 2023). Ein marktwirtschaftlicher Fatalismus wird nicht zur Dekarbonisierung führen. Notwendig ist im Hochlauf der Wasserstoffinfrastruktur etwa, grüne Leitmärkte zu etablieren, so dass sich Produzenten von Grundstoffen wie Stahl und Zement auf eine sichere Nachfrage für ihre klimaneutralen, aber zunächst teureren Produkte verlassen können. Der Umbau der deutschen Wirtschaft zur Klimaneutralität innerhalb von nur 20 Jahren legitimiert zudem Zukunftsinvestitionen über Schulden zu finanzieren. Hierunter fällt der Ausbau von Leitungen, Netzen und Transportwegen. Dass die AfD „jedwede Aufweichung der Schuldenbremse entschieden [ablehnt]“ (AfD, 2025, 54), verhindert eine Transformationspolitik, bei der der Staat das Heft des Handelns in der Hand behält.

Obwohl die Rechtsaußen-Partei unter der Überschrift „Zugang zu sicherer und bezahlbarer Energie“ (AfD, 2025, 13) mit dem Versprechen antritt, man könne dauerhaft günstige Energiepreise für die Wirtschaft

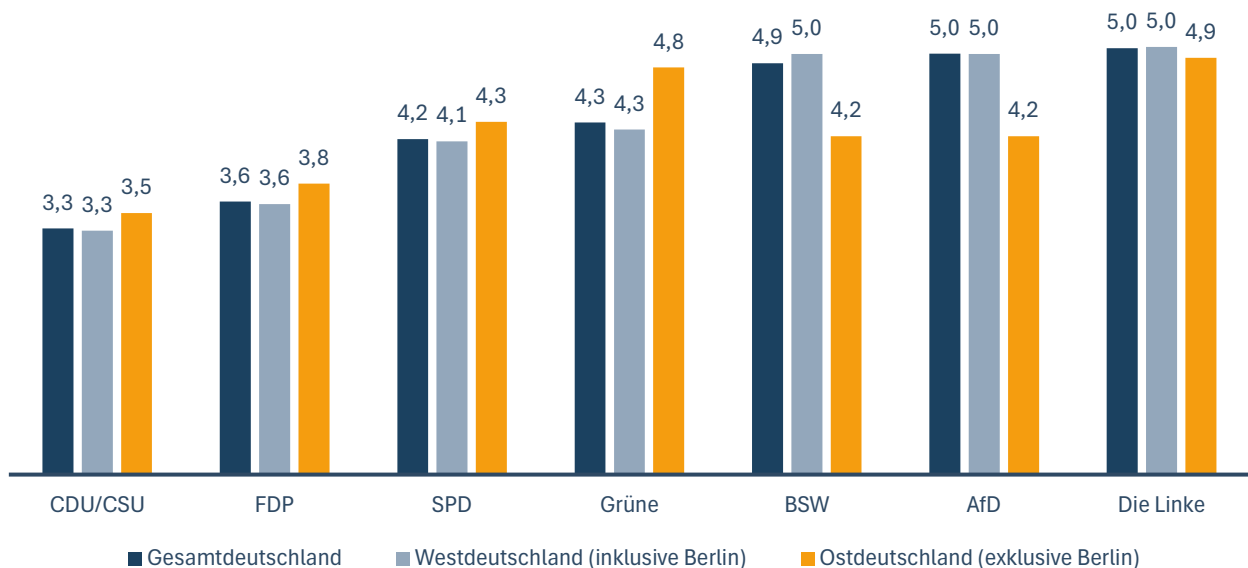
⁵ Interessanterweise befürwortet selbst in der AfD-Anhängerschaft über ein Drittel die bestehenden Windräder im eigenen Wohnumfeld. Nur rund 40 Prozent lehnen diese ab (Rest: „teils/teils“) (Diermeier et al., 2025).

haben, CO₂-Abgaben abschaffen, Energie- und Stromsteuern senken und höhere Netzentgelte verhindern, sehen Unternehmen in der Transformationspolitik der Partei mit breiter Mehrheit ein Risiko. Unter den 905 Unternehmen, die im Frühjahr 2024 dazu im IW-Zukunftspanel im Auftrag vom IW und dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) befragt wurden, geben 67,2 Prozent an, im langfristigen Erstarken der Partei läge ein Risiko für die Transformationspolitik in Deutschland. Für eine Chance halten das Rechtsaußen-Erstarken in dieser Frage nur 7 Prozent (19,3 Prozent „teils/teils“; Rest: „weiß nicht“/„keine Angabe“) (Bergmann/Diermeier, 2024b).

In Abbildung 5-1 wird aus dieser Befragung die Kompetenzeinschätzung hinsichtlich der „Energiepolitik“ (Versorgungssicherheit, Preisstabilität, Dekarbonisierung) der politischen Parteien abgebildet. Union (3,3) und FDP (3,6) werden in dieser Frage mit „befriedigend“ am besten bewertet. Es folgen SPD (4,2) und Grüne (4,3) mit einem „ausreichend“. Die Parteien der politischen Ränder BSW (4,9), AfD (5,0) und Die Linke (5,0) werden allesamt mit „mangelhaft“ bewertet.

Abbildung 5-1: Energiepolitische Kompetenzeinschätzung nach Schulnoten

Mittelwerte der Einschätzungen nach Parteien



Gewichtet mit Anzahlgewichten; Fragetext im Original: "Wie hoch schätzen Sie die Kompetenz der Parteien hinsichtlich der Energiepolitik (Versorgungssicherheit, Preisstabilität, Dekarbonisierung) ein? Bitte geben Sie den Parteien jeweils eine Schulnote zwischen 1 (sehr gut) bis 6 (ungenügend)".

N=925 (Ostdeutschland N=811; Westdeutschland N=114); Befragungszeitraum: 8.3.2024 bis 30.4.2024.

Quelle: IW-Zukunftspanel, Welle 47, 2024

Damit ist klar: Die energiepolitische Fundamentalopposition gegen den in Deutschland avisierten Transformationspfad überzeugt die Wirtschaft nicht. Die Rückkehr in die Vergangenheit russischer Energieimporte und hoher CO₂-Ausstöße wird nicht einmal in der energieintensiven Industrie als erbauliches Zukunftsszenario gesehen. Schließlich kommt zu den programmatischen Fragezeichen in puncto Windrad-Abbau, Kernenergie-Wiedereinstieg, Nordstream-Reparatur oder Industriepolitik-Ablehnung noch die Unsicherheit mit Blick auf das Personal der Partei dazu: Nicht zuletzt bezeichnete einer der befragten Verbandshauptgeschäftsführer die Rechtsaußen-Repräsentanten als „zusammengewürfelter Haufen“ (Bergmann et al., 2024a, 15).

6 Implikationen für die Demokratie und die politische Kultur

„Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann“, lautet das berühmte Diktum des Verfassungsrechtlers Ernst Wolfgang Böckenförde (1964). Auch mehr als 60 Jahre nach seinem Entstehen hat es an Aktualität nichts verloren. Die Soziale Marktwirtschaft als nicht allein ökonomisches Erfolgsmodell der Bundesrepublik Deutschland fußt auf Freiheit und Demokratie, die offene Gesellschaft lebt vom zivilisierten Diskurs. Wie sehr diesbezüglich Gefahren von Unternehmen gesehen werden, zeigen die Antworten im jüngsten IW-Zukunftspanel auf die Frage, welche Maßnahmen sie für die fünf wichtigsten halten, um den Wohlstand in Deutschland zu sichern. Den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie zu stärken, landet von insgesamt 14 möglichen Maßnahmen auf dem dritten Platz, hinter der Eindämmung der Kosten der Gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung und der Ertüchtigung der Verkehrsinfrastruktur. Dabei ranken 15,1 Prozent der Unternehmen die Stärkung von Zusammenhalt und Demokratie als das wichtigste Thema, nur die Kosten der von GKV und Pflegeversicherung rangieren als erstgenanntes Thema mit 19,4 Prozent noch darüber.

Wer die Debatten des Deutschen Bundestags über die Jahre verfolgt hat, weiß, dass sich seit dem Einzug der AfD dort etwas verändert hat im Ton und verhärtet in der Auseinandersetzung. Debatten werden von AfD-Abgeordneten genutzt für die Inszenierung in scharfen Tönen – zugeschnitten für 90-Sekunden-Schnipseln für Social Media; der provozierende Begriff „Remigration“ hat Einzug sogar in das Bundestagswahlprogramm gefunden (AfD, 2025, 101). Genauso findet sich im Kapitel zur Klimapolitik mit der Formulierung „The Great Reset“ (AfD, 2025, 78) ein Narrativ aus dem verschwörungstheoretischen Lager. Auch wenn diese Formulierung in Klammern als vermeintliche Übersetzung der Formulierung „Große Transformation“ gesetzt wird, dürfte den Autoren bewusst sein, auf welches narrative Konto sie damit einzahlen und lässt vermuten, dass er bewusst verwendet wird, auch wenn seine eigentliche Bedeutung über das Thema Klimatransformation hinausreicht. Mit einer solchen Formulierung wird die eigene Klientel bedient; Menschen, die anfällig für Verschwörungstheorien sind, stehen politisch eher rechts.

Ein entsprechender Glaube geht überdies mit politischem Misstrauen, gesellschaftlicher Entfremdung und allgemeiner Unzufriedenheit einher (Below et al., 2025, 9 f.). Darüber hinaus ist die Schärfe der AfD im politischen Diskurs der gesellschaftlichen Eintracht kaum zuträglich. Der Anteil von Menschen, die sich um ein Auseinanderdriften der Gesellschaft sorgen, ist in kurzer Zeit dramatisch gewachsen – auf aktuell 74 Prozent gegenüber 48 Prozent im Sommer 2024 (R+V, 2025). Auch gegenüber der Politik ist das Misstrauen in der Gesellschaft deutlich gestiegen – innerhalb der vergangenen zwei Jahre von 42 Prozent auf nunmehr 48 Prozent (Below et al., 2025, 16). Die AfD dockt hier an; die Delegitimierung öffentlicher Institutionen wird von ihr systematisch betrieben. Das ehemals hohe Vertrauen in Institutionen, aber auch in Mitmenschen war ein Kennzeichen der Sozialen Marktwirtschaft, wodurch sich die Bundesrepublik im Gegensatz zu anderen Ländern auszeichnete. Bewusst verbreitet oder toleriert werden von AfD-Parlamentariern zudem Fehlinformationen auch in ökonomischen Fragen, wobei sie amtliche Statistiken offen in Frage stellen (Diermeier, 2023, 2024). Diese Vorgehensweise passt zu der zunehmenden Entkopplung eines Teils ihrer Anhängerschaft von der ökonomischen Realität. Zwar gibt es in der gesamten Bevölkerung einen Hang zu einer übermäßig pessimistischen Wahrnehmung; AfD-Parteigänger stehen in ihrer Überschätzung der Arbeitslosigkeit (Diermeier/Niehues, 2019), der Armut und insbesondere der Altersarmut (Niehues/Stockhausen, 2024) sowie der Inflation (Diermeier/Niehues, 2025) jedoch durchweg an erster Stelle.

Die Vergiftung des gesellschaftspolitischen Klimas dürfte in Regionen, in denen die AfD die Diskurshoheit besitzt, hinsichtlich des Fachkräftemangels konkrete ökonomische Auswirkungen zeitigen. Über 80 Prozent der 65 Wirtschaftsförderer, die in einer Befragung der IW Consult im Jahr 2024 auf die entsprechende Frage antworteten, schätzen die Auswirkungen des AfD-Erstarkens auf den Industriestandort in ihrem Geltungsbe- reich als Risiko ein; nicht ein einziger erkennt im Aufstieg der Rechtspopulisten eine Chance (Rest: „teils/teils“). Und einer vergleichenden Studie (Funke et al., 2023) nach, schwächen populistische Politiker und Parteien in Regierungsverantwortung die Wirtschaft. In 51 Ländern mit rechts- oder linkspopulistischen Regierungen fällt in dem zugrundeliegenden kontrafaktischen Szenario nach 15 Jahren mit entsprechenden Kräften an der Macht das reale BIP um 10 Prozent niedriger aus. Gründe hierfür sind eine weniger ausge- prägte Integration in die Weltwirtschaft, weniger grenzüberschreitender Handel und Finanztransaktionen und höhere Zölle. Der Effekt ist übrigens unabhängig davon, ob es sich um rechts- oder linkpopulistische Kräfte handelt. Ebenfalls zu verzeichnen ist neben den ökonomischen Rückschritten ein Rückbau von Demo- kratie und Rechtsstaatlichkeit.

Zu guter Letzt: Relativierende Vergleiche mit anderen europäischen Rechtsaußen-Parteien, die sich teils über die Jahre gemildert haben, tragen nur bedingt. Dass die AfD im Mai 2024 aus der Fraktion Identität und De- mokratie (ID) im Europäischen Parlament ausgeschlossen wurde, belegt ihre im Vergleich zu anderen Par- teien selbst im eigenen Lager empfundene Radikalität. All diese Befunde bedeuten, dass das bislang einzig- artige parteipolitische Engagement von Unternehmen, Unternehmern und Verbänden zugunsten der demo- kratischen Kultur im wohlverstandenen Eigeninteresse liegt.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2-1: Steuerpläne laut den Wahlprogrammen zur Bundestagswahl.....	6
Abbildung 2-2: Wirkung Einkommensteuerreform.....	7
Abbildung 2-3: Einkommensstruktur der Parteianhängerschaften	8
Abbildung 3-1: Risikowahrnehmung langfristiges Erstarken AfD.....	10
Abbildung 3-2: Wirtschaftliche Implikationen „Dexit“	12
Abbildung 4-1: Schwierigkeiten für die Fachkräftesicherung durch AfD-Erstarken.....	15
Abbildung 4-2: Bedeutung ausländischer Beschäftigte.....	17
Abbildung 5-1: Energiepolitische Kompetenzeinschätzung nach Schulnoten	20

Literaturverzeichnis

AfD, 2025, Zeit für Deutschland. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag, Berlin

AfD, 2024, Europawahl Programm 2024. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 10. Europäischen Parlament, Berlin

Agentur für Erneuerbare Energien, 2024, Treibhausgasemissionen in Deutschland nach Sektoren 2023, <https://www.unendlich-viel-energie.de/mediathek/grafiken/treibhausgasemissionen-in-deutschland-nach-sektoren-2023> [9.2.2025]

BA – Bundesagentur für Arbeit, 2024, Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen (WZ 2008) – Deutschland, West/Ost und Länder (Quartalszahlen)

Bardt, Hubertus / Bolwin, Lennart / Busch, Berthold / Matthes, Jürgen, 2024, Brexit – Kein Vorbild für Deutschland, in: IW-Trends, 51. Jg., Nr. 2, S. 101–117

Below, Ruben / El-Menouar, Yasemin / Michalowski, Ines, 2025, Verschwörungsglaube als Gefahr für Demokratie und Zusammenhalt. Erklärungsansätze und Prävention, Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/51_Religionsmonitor/Verschwoerungsglaube_Februar2025_de.pdf [12.2.2025]

Bergmann, Knut / Diermeier, Matthias / Kinderman, Daniel / Schroeder, Wolfgang, 2024a, Die deutsche Wirtschaft und die AfD. Erfahrungen, Befunde und erste Forschungsergebnisse, in: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.), Discussion Paper ZZ 2024-602, Berlin/Köln

Bergmann, Knut / Diermeier, Matthias / Schroeder, Wolfgang, 2024b, Germany still divided? Die Sicht der Unternehmen auf die AfD im ost- und westdeutschen Vergleich, in: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.), Discussion Paper ZZ 2024-604, Berlin/Köln

Bergmann, Knut / Diermeier, Matthias, 2024a, AfD und Sozialpolitik: Anhänger fordern das Dagegensein, in: ifo Schnelldienst, 77. Jg., Nr. 3, S. 13–15

Bergmann, Knut / Diermeier, Matthias, 2024b, AfD: Unternehmen sehen hohes Risiko – Alternative fällt durch, IW-Kurzbericht, Nr. 29, Berlin/Köln

Bergmann, Knut / Diermeier, Matthias / Niehues, Judith, 2017, Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener?, in: ZParl Zeitschrift für Parlamentsfragen, 48. Jg., Nr. 1, 2017, S. 57–75

Böckenförde, Ernst Wolfgang, 2006 [1991], Die Entstehung des Staates als Vorgang der Säkularisation, in: Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte, erweiterte Ausgabe, Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft Nr. 914, Suhrkamp, Frankfurt 1991, S. 92–114

Bundesministerium der Finanzen, 2025, <https://www.bundeshaushalt.de/DE/Home/home.html> [4.2.2025]

Bundesministerium der Finanzen, 2024, Ergebnisse der 167. Steuerschätzung, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/steuerschaetzung-oktober-2024-2317500> [4.2.2025]

Bundesnetzagentur, 2025, Bundesnetzagentur veröffentlicht Daten zum Strommarkt 2024, https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2025/20250103_smard.html [11.2.2025]

Burstedde, Alexander / Kolev-Schaefer, Galina, 2024, Die Kosten des Fachkräftemangels, IW-Kurzbericht, Nr. 27, Köln

Chazan, Guy, 2024, German far-right leader hails Brexit as ‘model for Germany’. In: Financial Times, 21. Januar 2024, <https://www.ft.com/content/5050571e-79f9-4cb7-991c-093702ec8833> [17.6.2024]

Destatis, 2024, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des Bundes und der Länder

Diermeier, Matthias / Mertens, Armin, 2025, Gebraucht, aber gehasst: Infrastrukturen der industriellen Transformation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 10–11

Diermeier, Matthias / Fischer, Andreas / Mertens, Armin, 2025, Weniger Gegenwind vor Ort: Akzeptanz des Windausbaus, IW-Kurzbericht, Nr. 8, Köln

Diermeier, Matthias / Niehues, Judith, 2025, (Überschätzte) Inflation. Potenziale für die politischen Ränder, IW-Kurzbericht, Nr. 13, Köln

Diermeier, Matthias / Oberst, Christian / Sultan, Samina / Förster, Henrik, 2024, Regionale Entwicklung im Vergleich, IW-Policy Paper, Nr. 6, Köln

Diermeier, Matthias, 2024, Populist politicians’ rhetoric in ‘Private’ communication: Evidence from a citizens’ enquiry experiment in Germany, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 34. Jg., Nr. 4, S. 331–353

Diermeier, Matthias, 2023, Tailoring the truth – evidence on parliamentarians’ responsiveness and misinformation toleration from a field experiment, in: European Political Science Review, 15. Jg., Nr. 3, S. 332–352

Diermeier, Matthias, 2022, What about the economy, stupid? Winning strategy, favourable breeding grounds and internal divisions: the German populist radical right AfD in its European context, Universität Duisburg-Essen Publikationen, 260 Seiten, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:464-20220131-152450-1> [4.2.2025]

Diermeier, Matthias, 2020, The AfD’s Winning Formula – No Need for Economic Strategy Blurring in Germany, in: Intereconomics, 55. Jg., Nr. 1, S. 43-52

Diermeier, Matthias / Niehues, Judith, 2019, Einschätzungen zur Arbeitslosigkeit, in: IW-Trends, 46. Jg., Nr. 2, S. 23–42

EIB – European Investment Bank, 2024, EIB INVESTMENT SURVEY 2024 – EUROPEAN UNIONOVERVIEW, https://www.eib.org/attachments/lucalli/20240238_econ_eibis_2024_eu_en.pdf [9.1.2025]

Ekberg, Kristoffer / Forchtner, Bernhard / Hultman, Martin/ Jylhä, Kirsti M., 2023, Climate Obstruction How Denial, Delay and Inaction are Heating the Planet, Abingdon

Fratzcher, Marcel, 2024, Das AfD-Paradox bei der Europawahl: Ein Rechtsruck schadet vor allem den AfD-Wähler*innen und der jungen Generation, in: DIW aktuell, Nr. 93

Fratzcher, Marcel, 2023, Das AfD-Paradox: Die Hauptleidtragenden der AfD-Politik wären ihre eigenen Wähler*innen, in: DIW aktuell, Nr. 88

Fresen, Sophia / Klatt, Vivien, 2024, Unternehmen in Verantwortung! Umfrageergebnisse zu Rechtsextremismus in der Arbeitswelt – Herausforderungen und Handlungsbedarf, Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e. V., Berlin

Frohnmaier, Markus, 2019, Deutscher Bundestag / 19 / 89 / Tagesordnungspunkt 14: Markus Frohnmaier (AfD) – Nachhaltige öffentliche Beschaffung, 21.03.2019, ab Min. 4:10, <https://de.openparliament.tv/media/DE-0190089139?a=media&id=DE-0190089139&personID%5B0%5D=Q24540200&lang=en> [12.2.2025]

Funke, Manuel / Schularick, Moritz / Trebesch, Christoph, 2023, Populist Leaders and the Economy, in: American Economic Review, 113. Jg., Nr. 12, S. 3249–3288

Gauland, Alexander, 2016, Gauland: TTIP ist von Anfang an falsch angegangen worden, <https://www.afd.de/gauland-ttip-ist-von-anfang-an-falsch-angegangen-words/> [12.2.2025]

Hackmann, Angelina / Kholodilin, Konstantin / Schildmann, Teresa, 2025, Mehr Migration könnte Potenzialwachstum der deutschen Wirtschaft deutlich erhöhen, DIW aktuell, Nr. 101

Hentze, Tobias / Beznoska, Martin, 2025, Steuerpolitik: Was die Wahlprogramme für die Steuerzahler bedeuten, IW-Policy Paper, im Erscheinen

Hüther, Michael / Edenhofer, Ottmar, 2025, Klimapolitik: Klimaschutz hilft dem Standort, Gastbeitrag, 28.1.2025, ZEIT Online, <https://www.zeit.de/wirtschaft/2025-01/klimapolitik-klimaneutrale-marktwirtschaft-standort-wettbewerbsfaehigkeit> [4.2.2025]

Hüther, Michael et al., 2023, Industriepolitik in der Zeitenwende, IW-Policy Paper, Nr. 7, Köln/Berlin

Kaiser, Benedikt, 2020, Solidarischer Patriotismus: Die soziale Frage von rechts, Schnellroda

Kaiser, Benedikt, 2019, Blick nach Links oder: Die konformistische Rebellion, kaplaken 61, Schnellroda

Kalarickal, Jasmin, 2023, Für die einen ein Standortrisiko, für die anderen ein Lebensrisiko, in: taz, 28. Juni 2023

Küppers, Anne, 2022, ›Climate-Soviets‹, ›Alarmism‹ and ›Eco-Dictatorship‹: The Framing of Climate Change Scepticism by the Populist Radical Right Alternative for Germany, in: German Politics, 33. Jg., Nr. 1, S. 1–21

Krieger, Tommy, 2024, Rechtspopulismus und Standortattraktivität, ZEW-Kurzexpertise Nr. 1

Lehmann, Pola et al., 2024, The Manifesto Data Collection. Manifesto Project (MRG/CMP/MARPOR), Version 2024a, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) / Göttingen: Institut für Demokratieforschung (IfDem), <https://doi.org/10.25522/manifesto.mpps.2024am> [4.2.2025]

Mion, Giordano / Ponattu, Dominic, 2019, Estimating economic benefits of the Single Market for European countries and regions, in: Policy Paper der Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), https://www.bertelsmannstiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/EZ_Study_SingleMarket.pdf [4.2.2025]

Mudde, Cas, 2007, Populist Radical Right Parties in Europe, New York

Niehues, Judith / Stockhausen, Maximilian, 2024, IW-Verteilungsreport 2024. Aktuelle Trends und Herausforderungen für die Verteilungspolitik, IW-Report, Nr. 49, Köln/Berlin

Osman, Yasmin, 2024, Rechtspopulisten werden zum Investorenschreck, Handelsblatt <https://www.handelsblatt.com/finanzen/banken-versicherungen/banken/neujahrsempfang-deutsche-bank-rechtspopulisten-werden-zum-investorenschreck/100011296.html> [7.2.2025]

Otteni, Cyrill / Weisskircher, Manès, 2022, Global Warming and Polarization. Wind Turbines and the Electoral Success of the Greens and the Populist Radical Right, in: European Journal of Political Research, 61. Jg., Nr. 4, S. 1102–1122

Pierenkemper, Sarah / Semsarha, Fabian / Malin, Lydia, 2024, Unverzichtbar für die deutsche Wirtschaft: Zwei Millionen ausländische Fachkräfte in Engpassberufen, IW-Kurzbericht, Nr. 71, Köln/Berlin

Plünnecke, Axel, 2024, Agenda 2030 für die Bildungspolitik. Herausforderungen der Transformation meistern, IW-Policy Paper, Nr. 14, Köln

R+V-Infocenter, 2025, Die Ängste der Deutschen, Sonderumfrage, <https://www.ruv.de/newsroom/themen-spezial-die-aengste-der-deutschen/pressemitteilungen/2025-02-10-aengste-der-deutschen-spaltung> [13.2.2025]

Ragnitz, Joachim / Thum, Marcel, 2025, Zeitbombe Rentenversicherung – doch durchgreifende Reformen sind nicht in Sicht, in: ifo Schnelldienst 1/2025, <https://www.ifo.de/DocDL/sd-2025-01-ragnitz-thum-bundestagswahl-rentenpolitik.pdf> [4.2.2025]

Rosenfelder, Joel, 2017, Die Programmatik der AfD: Inwiefern hat sie sich von einer primär euroskeptischen zu einer rechtspopulistischen Partei entwickelt?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 48. Jg., Nr. 1, S. 123–140

Scholz, Markus / Kapteina, Benedikt / Burkatzki, Eckhard, 2025, Schnell ist der Ruf beschädigt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3. Februar 2025

Semsarha, Fabian / Pierenkemper, Sarah / Malin, Lydia, 2024, Ostdeutsche Flächenländer sind besonders auf internationale Arbeitskräfte angewiesen, IW-Kurzbericht, Nr. 51, Berlin/Köln

Starbatty, Joachim, 2014, Offener Brief an die Mitglieder der „Alternative für Deutschland“ und ihre Unterstützer, <https://ksl.afd-hessen.org/offener-brief-an-die-mitglieder-der-alternative-fuer-deutschland-und-ihre-unterstuetzer/> [12.2.2025]

Taggart, Paul, 1998, A Touchstone of Dissent: Euroscepticism in Contemporary Western European Party Systems, in: European Journal of Political Research, 33. Jg., Nr. 3, S. 363–388

Weidel, Alice, 2025, AfD-Parteitag: Alice Weidel zur Nominierung als Kanzlerkandidatin, Phoenix, ab Min. 15:10, <https://www.youtube.com/watch?v=soVCAtU4iNY> [12.2.2025]

Wulfers, Alexander, 2023, Standortrisiko – Wie die AfD Fachkräfte und Investoren verschreckt, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 15. Oktober 2023

ZEW, 2025, Reformvorschläge der Parteien zur Bundestagswahl 2025: Finanzielle Auswirkungen, Gutachten, https://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Bundestagswahlprogramme_ZEW_2025.pdf [4.2.2025]